

Termin	Gremium	Vorgang	Legende
30. Juni 2014	Politik	Zweite „Runde“ der Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform	Im Mittelpunkt der zweiten Zusammenkunft und der eigentlich ersten „Arbeitsrunde“ der Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform stehen die Themenblöcke Krankenhausplanung/Qualität und Sicherstellung.
26. und 27. Juni 2014	Politik	GMK spricht sich für ein stärkeres Engagement von Kliniken in der ambulanten Versorgung aus	Die GMK hat sich im Rahmen der 87. Tagung für eine Neuausrichtung von Rahmenbedingungen und Strukturen im Gesundheitswesen ausgesprochen. In diesem Zusammenhang fordert sie auch ein stärkeres Engagement von Kliniken in der ambulanten Versorgung sowie mehr Delegation an nichtärztliche Fachberufe.
26. Juni 2014	Wissenschaft	Jede dritte Klinik in den roten Zahlen	Wiesen laut „Krankenhaus-Rating-Report“ 2009 nur 14,1 % der Kliniken eine negative Bilanz aus, so stieg dieser Anteil 2012 auf 34,3 % an. Durch diesen negativen Trend steigt auch die Insolvenzgefahr: Von 7,4 % im Jahr 2009 auf 13,8 % im Jahr 2012. Als Hauptursache der Schiefelage sieht der Report die sinkenden Investitionsfördermittel der Länder: So ist die Investitionsquote von 10 % im Jahr 1991 auf 4 % im Jahr 2012 zurückgegangen.
23. Juni 2014	Wissenschaft	SVR legt Jahresgutachten 2014 vor	Der Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen legt sein Gutachten „Bedarfsgerechte Versorgung – Perspektiven für ländliche Regionen und ausgewählte Leistungsbereiche“ vor. Für den stationären Bereich werden Überkapazitäten in Ballungszentren und die Sicherstellung von bedarfsnotwendigen Krankenhausstrukturen in sehr ländlichen Bereichen als die beiden größten Herausforderungen angesehen. Zum Abbau von stationären Überkapazitäten empfiehlt der SVR, stärkere finanzielle Anreize in Form von gezielten Übergangszahlungen zu setzen, die es Krankenhausträgern erleichtern, sich aus solchen Geschäftsfeldern zurückzuziehen, in denen sie absehbar weder die erforderlichen Deckungsbeiträge noch Qualitätsniveaus erreichen.
5. Juni 2014	Politik	Deutscher Bundestag beschließt Qualitätsinstitut, Änderungen bei PEPP und Schlichtungsausschüssen	Im Rahmen der 2./3. Lesung im Deutschen Bundestag wird das GKV-FQWG mit breiter Mehrheit beschlossen. Abgelehnt werden in diesem Zusammenhang die Anträge der Opposition zum PEPP-System, da die Regierungskoalition durch eigene Änderungsanträge die „Scharfstellung“ des neuen Vergütungssystems um zwei Jahre verschoben hat. Für die psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen bedeutet dies, dass sie auch in den Jahren 2015 und 2016 frei darüber entscheiden können, ob sie bereits das neue oder noch das alte Vergütungssystem anwenden wollen. Verschärft wurden auch die Vorgaben für die Einrichtung von Landes-Schlichtungsausschüssen nach § 17c KHG.
26. Mai 2014	Politik	Startschuss für Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform	Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform kommt zum ersten offiziellen Gespräch unter Vorsitz des Bundesgesundheitsministers Hermann Gröhe und der Vorsitzenden der GMK, Landesministerin Cornelia Prüfer-Storcks, in Berlin zusammen. Grundlage für diese AG sollen die im Koalitionsvertrag gemeinsam von SPD, CDU und CSU getroffenen Vereinbarungen sein.

Termin	Gremium	Vorgang	Legende
22. Mai 2014	Rechtsprechung	„Brustzentren“ können Zuschläge geltend machen	Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat in sechs Verfahren aus Nordrhein-Westfalen entschieden, dass Krankenhäuser mit einem besonderen Versorgungsauftrag für die Behandlung von Brustkrebskrankungen (Brustzentren) von den Krankenkassen einen Zuschlag für stationäre Zentrumsleistungen beanspruchen können, soweit diese Leistungen nicht schon über die normalen Entgelte nach dem Krankenhausentgeltgesetz vergütet werden (Az.: BVerwG 3 C 8.13; BVerwG 3 C 9.13; BVerwG 3 C 12.13; BVerwG 3 C 13.13; BVerwG 3 C 14.13; BVerwG 3 C 15.13).
9. Mai 2014	Selbstverwaltung	DKG will an die Spitze der Qualitätsbewegung	Im Rahmen des „Qualitätstages der Krankenhäuser“ bekundet die DKG ihren Willen, sich an die Spitze der Qualitätsbewegung zu setzen. Im Positionspapier „Weiterentwicklung der Qualitätssicherung und der Patientensicherheit“ fordert sie ein Zweitmeinungsverfahren vor jeder Operation als Regelleistung der GKV und lehnt eine qualitätsorientierte Vergütung von Krankenhausleistungen ab, da hierdurch Patienten aufgrund ihres Risikos selektiert werden könnten.
7. Mai 2014	Politik	Regierungsfractionen legen Änderungsanträge zu Schlichtungsausschuss und PEPP vor	Die Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD wollen mit der Vorlage von Änderungsanträgen (ÄA) zum GKV-FQWG den Beschluss der Geschäftsführenden Vorstände vom 29. April zum PEPP-System umsetzen. Dadurch haben die Anträge der Fractionen „Die Linke“ (BT-Drucksache 18/557) sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (BT-Drucksache 18/849) zum PEPP keine Chance auf eine parlamentarische Zustimmung. Des Weiteren wird mit dem ÄA die Landesschiedsstelle (§ 18a Absatz 1 KHG) beauftragt, die Aufgaben des Schlichtungsausschusses übergangsweise wahrzunehmen.
29. April 2014	Politik	Verlängerung der PEPP-Optionsphase	Die Geschäftsführenden Vorstände der Regierungsfractionen haben während ihrer Klausurtagung in Königswinter zur Sicherung der Qualität in der psychiatrischen Versorgung in Deutschland beschlossen, dass die Optionsphase beim PEPP um zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2016 verlängert wird. In diesen zwei Jahren wird das PEPP-System durch das BMG grundsätzlich geprüft und gegebenenfalls können Alternativen dazu entwickelt werden. Des Weiteren sollen für Häuser, die für eine Teilnahme optieren, budgetäre Anreize gesetzt werden.
16. April 2014	Politik	Sondertreffen der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) und der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK)	Im Rahmen eines Sondertreffens der GMK und der Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Berlin wurde der Start der Beratungen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform für den 26. Mai 2014 vereinbart. Klinikplanung und -bezahlung sollten sich stärker am Erfolg der Behandlungen ausrichten, sagte die Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz, die Hamburger Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks (SPD). „Es ist wichtig, dass wir das Thema Qualität voranbringen.“ Dazu solle ein geplantes neues Institut zur Messung der Qualität dienen. Die Länder wollten bei den entsprechenden Verfahren stärker als bisher geplant eingezogen werden. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) sieht die Notwendigkeit, dass die Mittel der Krankenkassen für den laufenden Betrieb der Kliniken steigen. Zurückhaltend äußerte sich Gröhe zu Forderungen nach mehr Bundesmitteln für Gebäude und Ausstattung der Krankenhäuser.